

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschiff  
Tageblatt Rieser  
General Nr. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Gloggnitz, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamtes Rieser und des Hauptamtes Meßten behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsort  
Dresden 1928.  
Verleger  
Rieser Nr. 52.

Nr. 47.

Freitag, 24. Februar 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 7 Mark 25 Pfennig, durch Post oder auch Bote. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Einzeln für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Nummer für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundgröße-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kupfer, Zink, Zinn, Bemaltes Metall erhöht, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Künftig: Unterzahlungsbeleg "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegeranstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsverf. Grotzschke Nr. 52. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser. Für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

## Sturm um Gent-Gotthard.

Nachdem die ohnehin stark aufgebaute Mäße des Postverkehrs über den Gent-Gotthard nach Ungarn von einseitigen Eingriffen, gehen plötzlich die Posten der Entlastung, aufgepeitscht von einigen militärischen französischen Leitartikeln, wieder hoch und um den ungarischen Maß herum bläst internationaler Sturm.

Was ist geschehen? Nichts weiter, als daß die ungarische Regierung die Waffen, deren Abwehr und Empfänger nicht zu ermitteln waren, verächtlich hat. Darüber große Aufregung bei den in Gent anwesenden Vertretern der kleinen Entente und besonders bei Herrn Sauerwein im "Matin". Man will in dem ungarischen Vorgehen den Versuch erblicken, das Corps belicht aus der Welt zu schaffen, und Herr Sauerwein spricht von einer Herausforderung des Völkerbundes, auf die dieser energisch reagieren müsse, um nicht dem Fluch der Völkerlosigkeit anheimzufallen. Herr Sauerwein's Entrüstung (darf) man nicht allzu ernst nehmen. Es ist bekannt, daß er, seitdem ihm in Budapest zur Zeit der Frankfurter Konferenz die nicht gelöst ist, vom Ministerpräsidenten Grafen Bethlen empfangen zu werden, aus persönlichem Respektiment heraus jede Gelegenheit benützt, um gegen Ungarn zu hetzen. Aber auch die Aufregung bei den kleinen Entente wird nur verständlich, wenn man berücksichtigt, daß sie ein Interesse daran hat, den Vorkall wieder aufzuheben, um den militärischen Ungarn etwas am Geuge fließen zu können. Denn es kann sich hier von ungarischer Seite gar nicht um ein Vertuschungsmandat handeln. Das fünf Waggon mit Maschinengewehren beschlagnahmt worden sind, ist hinreichend bekannt. Eine Verletzung dieser Maschinengewehre ist also nicht etwa dazu geeignet, den Vorkall aus der Welt zu schaffen. Sie ist, wie uns aus Ungarn von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, erfolgt auf Grund der Berner Internationalen Eisenbahnkonvention. Daß sich diese Konvention nur auf Poststoffe und nicht auf größere Transporte beziehen soll, ist eine durch nichts begründete Ansicht der kleinen Entente, die einer gewissen Komik nicht entbehrt. Ferner sind die Waffen, wie wir hören, sowohl vor als nach der Verhaftung photographiert worden. Diese Dokumente werden dem Völkerbund zur Verfügung gestellt werden. Es ist daher unerfindlich, wie man aus dem rein technischen Vorgang der Verhaftung darauf schließen will, daß sich Ungarn einer Herausforderung des Völkerbundes schuldig gemacht haben soll.

Bekanntlich vertritt die ungarische Regierung die Ansicht, die auch in einem Memorandum an den Völkerbund zum Ausdruck gebracht worden ist, daß es sich überhaupt nicht um ein "Corpus belicti" handelt, da über den Abfender und Empfänger nichts festgestellt worden sei. Dagegen hat die Regierung niemals geleugnet, daß die fünf Waggon Maschinengewehre tatsächlich in Ungarn einbaldert sind. Es mag nun sein, daß das ungarische Gewissen in diesem Falle nicht ganz rein ist, aber wenn der Völkerbund aus diesem an und für sich ziemlich belanglosen Vorkall eine Haupt- und Staatsaktion machen soll, wie ein Teil der französischen Presse es dringend zu wünschen scheint, so dürfte eine solche neue Aufbauschung der Angelegenheit eher mit unwillkürlicher Humur in Verbindung stehen, als ihre tatsächliche Behandlung, "en bagatelle", die Herr Sauerwein offenbar so sehr fürchtet.

Auch der "Welt Parisien" versucht eine "energetische Intervention des Völkerbundes" zu beschwören und spricht bereits von einer ausgedehnten und strengen Enquete. Man geht wohl nicht fehl, wenn man in diesen Pariser Pressestimmen eine recht deutliche Beeinflussung durch die kleine Entente zu erkennen glaubt; und hier hängt die Sache allerdings an, einen anderen Hintergrund zu zeigen. Die politische unabhängige Haltung, deutscherseits ausgedrückt, die Selbständigkeit gegenüber französischen Einflüssen, die Ungarn zu bewahren bestrebt ist, wird den kleinen Mächten rechtlich unangenehm, und sie drängen mit allen Mitteln dahin, ähnlich wie andere freundliche Nachbarn bei uns, die ungarische Regierung zu dem Abschluß eines "Dobrocarno" zu bewegen, was dort unten "Donau-locarno" heißt. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ihnen kein Vorwand heilig genug. Augenblicklich jedenfalls zeigen sie mit empörter Wut auf den Gent-Gotthard hin. Man kann aber mit Recht sagen, daß hier "Berge kletten, jedoch nur eine lächerliche Maus geboren wird." Und man muß schon aus prinzipiellen Gründen Verwahrung dagegen einlegen, daß mit der Institution des Völkerbundes zu vollständigem Selbstverzicht Mißbrauch getrieben wird. Wenn eine solche Uebung eintritt, so läuft der Völkerbund tatsächlich Gefahr, in Zukunft, wie sich Herr Sauerwein ausdrückt, "nicht mehr ernst genommen zu werden". Auch für Deutschland ist der Ausgang dieser ganzen Affäre nicht ohne Interesse. Man hat von französischer Seite betont, daß Ungarn von der militärischen Kontrolle nur proportional befreit sei, was heißen soll, daß man es gerne sehen würde, wenn auf Grund der geplanten Investigation zu einer Wiedereinrichtung der Kontrolle geachteten würde. Eine solche Berechtigung von Kontrollmaßnahmen ist jedoch auf das schärfste abzulehnen. Deutschland, das mit im Rate sitzt, hat jedenfalls keine Veranlassung, auf Grund so unwichtiger Vorkommnisse einen Präzedenzfall für Einrichtung von Militärkontrollen zu schaffen. Die Rolle der besiegten Staaten als Kolonien der Siegermächte muß endlich einmal zu Ende gespielt sein.

## Rundgebung zugunsten der Deutschen Südtirols.

Wien. Die gestrige Sitzung des Nationalrats gestaltete sich bei der 2. Lesung des Budgetvoranschlags für 1928 beim Kapitel "Auswärtige Angelegenheiten" durch die Rede des Tiroler christlich-sozialen Abgeordneten Dr. Kolb über die Lage der Deutschen Südtirols zu einer einmütigen Rundgebung des ganzen Hauses für die Stammesbrüder in den von Oesterreich abgetrennten deutschen Gebietsteilen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte der Abg. Dr. Seip als Vertreter der sozialdemokratischen Nationalräte und Bundesräte, sowie der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Niederösterreichs, daß der Wiener Volkspresident Schöber nicht das Vertrauen der überwiegenden Mehrheit der Vertreter des Wiener Volkes genießt.

Darauf ergriff Abg. Dr. Kolb das Wort und sagte u. a.: Die Volkspartei Wien ist in ihr Gegenteil verkehrt worden. Viele Teile des deutsch-österreichischen Volkes sind vom Volkstörner losgerissen. In den Deutschen Südtirols vollzieht sich eine Vorkall, wie sie sonst nirgendwo eintreten kann. Wenn wir hierzu Stellung nehmen, können wir uns auf ein gutes Recht berufen. Südtirol ist heute und ist nie eine rein innere Angelegenheit Italiens gewesen. Es ist nicht einmal eine rein österreichische oder eine rein deutsche Frage, sondern es ist schon eine Weltfrage. Ich stelle ausdrücklich fest, daß die Deutschen Südtirols unter italienische Herrschaft als lokale Staatsbürger getreten sind. Sie sind kein Volk von Revolutionären. Dieses Volk hat die Loyalität des Volkes eingehalten. Die Loyalität auch des Herzens zu erweisen, kann man von keinem Volk verlangen. Die feierlichen Versicherungen, die durch die Erklärungen Titos und Lusattis und durch die Ehrenrede des Königs von Italien gegeben wurden, sind in ihr Gegenteil verkehrt worden. Die eine Million Anderssprachige befinden sich juristisch für Italien nicht. Es steht auf dem Standpunkt, die Deutschen Südtirols hätten kein Recht auf nationale Eigenregie, da sie erst in den letzten 50 Jahren über den Brenner eingewandert seien. Die Ungelegenheit einer solchen Behauptung zu widerlegen halte ich für überflüssig, denn der ganze Urkundenbestand Deutsch-Südtirols beweist, daß bereits vor 1300 Jahren eine geschlossene deutsche Volksmasse dort vorhanden war und daß die Sprachgrenze im allgemeinen damals schon so festgelegt wurde, wie sie heute besteht.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung des Nationalrats betonte der Abg. Kolb in seiner Rede weiter, in der Frage der Staatsbürgerschaft des italienischen Staat an die Bestimmungen des Friedensvertrages nicht gehalten. Der Redner führte sodann die Maßnahmen der italienischen Regierung in Südtirol, die im einzelnen bekannt sind, an.

Nachdem er erklärt hatte, daß die förmliche Interpellationsbeantwortung des Reichskanzlers enttäuscht habe, appellierte er am Schluß seiner Rede an das Weltgewissen für Südtirol. Im ganzen Hause, auch von Seiten der Sozialdemokraten, erklangen minutenlang räumlicher Beifall, Hochrufe und Händeklatschen.

Darauf ergriffen die Tiroler Abg. Abram (Soz.) und Straßner (Christl.) das Wort, die ebenfalls unter Verfall über Südtirol sprachen.

Darauf erhob sich

### Bundeskanzler Seipel,

der unter größter Aufmerksamkeit des Hauses zunächst auf seine förmliche Interpellationsbeantwortung verwies, in der er eingehend begründet habe, daß er sich mit Beschwerden über die Behandlung der Deutschen in Südtirol nicht an den Völkerbund wenden könne. Die ganze Südtiroler Frage sei eine Dergeschichte. Man kenne keinen Standpunkt, mit dem er damals weder im eigenen Lande noch in Italien Beifall gefunden habe. Er richtete einen Appell an die italienische Regierung, erkläre aber, er wolle sich in die innere italienische Politik nicht einmischen. Man müsse bedenken, daß das letzte Recht nicht das geschriebene sei, welches sich ein Staat selbst gibt. Die internationale Moral aber liege noch über dem internationalen Recht.

Bundeskanzler Seipel gab weiter seiner Verwunderung über die Empfindlichkeiten in Italien Ausdruck und sagte, der Starke brauche sich, wenn er ein gutes Gewissen habe vor dem Schwachen doch nicht zu fürchten.

### Reisaggers zur Wiener Nationalratsdebatte.

Rom. (Funkpruch.) Reisaggers beschäftigt sich mit der gestrigen Debatte über Südtirol im österreichischen Nationalrat und schreibt in einem Telegramm aus Wien: Der gestrige Tag des österreichischen Nationalrats kann ohne weiteres als ein antiitalienischer Tag bezeichnet werden. Obwohl die Redner sich befehligten, zwischen der tatsächlichen Regierung und dem allgemeinen Italienerium zu unterscheiden, trugen die Reden von Kolb und Abram einen ausgesprochen antiitalienischen Charakter. Antiitalienisch, wenn auch in vornehmer Form, war die Rede des Kanzlers Seipel. Das Blatt erwähnt alsdann die vorhergegangenen Diskussionen über Südtirol, namentlich die Antwort Seipels an verschiedene Tiroler Abgeordnete und die Reden Steineggerts und Jägers im Landtag von Innsbruck. Das Blatt schließt mit dem Satz: Hier in Wien ist man der Meinung, daß die Rede des Kanzlers Seipel förmlich eine italienische Antwort hervorgerufen wird.

## Wiederaufnahme der Arbeit in der mittel-deutschen Metallindustrie.

Magdeburg (Funkpruch.) Wie der Verband mittel-deutscher Metallindustrieller mitteilt, ist am Freitag vormittag in fast allen Betrieben der mitteldeutschen Metallindustrie die Arbeit wieder aufgenommen worden.

## Aufhebung des Ausperrungsbeschlusses in der mitteldeutschen Metallindustrie.

Berlin (Funkpruch.) Nachdem die Arbeiter in Mitteldeutschland heute die Arbeit wieder aufgenommen haben, hat der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller die beschlossene Gesamtausperrung aufgehoben.

## Deutsche Notgemeinschaft.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht aus den Gebieten deutscher Minderheiten im Ausland die Kunde von neuen Verdrückungsmaßnahmen, von neuen Vergewaltigungen des Selbstbestimmungsrechtes nach Deutschland dringt. So hörte man jetzt wieder aus Polen, daß ein deutscher Vorrat auf Grund eines Beschlusses des sogenannten polnischen Liquidationskomitees aus seiner Wohnung in Wittenburg exmittiert wurde, mit einer Begründung, die rechtlich in keiner Weise zutrifft. Auch dies nur eine Begleiterscheinung einer polnischen Politik, gegen die deutschen Minderheiten in Polen, einer polnischen Politik, deren Charakter in den Wahlmännchen der Polnischen Staatsbehörden mit genügender Deutlichkeit hervorgeht. Es gab eine Zeit, so vor dem Kriege, da hatten wir ein einziges deutsches Reich, das in seinen Staatsgrenzen ein einziges deutsches Volk umschloß. Wohl gab es Glieder dieses Volkes, die außerhalb der Grenzpläne unter fremden Völkern verstreut, ihr deutsches Volkstum lebenskräftig und rein zu erhalten. Und selbstverständlich verfolgte auch der Reichsdeutsche diese deutschen Kämpfe im Ausland mit großer Anteilnahme aus dem

Gefühl der Zusammengehörigkeit mit jenen, die gleichen Blutes sind. Aber der Reichsdeutsche vor dem Kriege war in erster Linie Staatsbürger. Er hatte einen Heidenreißel vor Ordnung, Gesetz und Staatsautorität. Sein Fühlen war unbedingt deutsch, aber er respektierte immer die Staatsgrenzen. 1848 hat man zwar etwas von einer großdeutschen Bewegung verspürt, aber diese Bewegung verflüchtigte sich, blieb stecken in der inneren Friedliebheit die das deutsche Reich all seinen Mitbürgern geben konnte. Die Friedensverträge von Versailles zwingen 18 Millionen Deutsche außerhalb der Grenzen des Reiches unter der Herrschaft anderer Regierungen zu leben. In diesen Deutschen, die noch in Gruppen und kleinen Kolonien sich zusammengefaßt haben und hieraus auch die Kraft schöpfen können ihr Deutschland zu pflegen und zu sichern, treten weitere 22 Millionen Deutsche, die in der ganzen Welt zerstreut sind. Man hat Deutschland seiner Macht beraubt, man hat ihm die Kraft genommen, sich energisch all seiner Auswärtigen anzunehmen, man hat ihm Grenzen gegeben, die sich mitten durch sein Deutschtum ziehen und den Zusammenhang des Ganzen auseinanderreißen, man hat ihm Kontrollkommissionen gegeben, die seine Maßnahmen beobachten, und hat so im ganzen deutschen Volk das Gefühl und die Empfindungen geweckt, die früher die Deutschen hatten, die vor dem Kriege unter ausländischem Regime lebten. Es gibt jetzt eine deutsche Irredenta, aber viele deutsche Irredenta umfacht alle Deutschen, sowohl die in dem zerstückelten Reich, als auch die da draußen, denn alle leben unter Gewalt, Verdrückung und Vergewaltigung ihres Selbstbestimmungsrechtes.

## Ministerbesprechung über den Notetat.

Berlin (Funkpruch.) Wie die B. Z. erfährt, traten heute nachmittags um 4 Uhr die in Berlin anwesenden Mitglieder des Reichskabinetts zu einer Ministerbesprechung zusammen, in der die endgültigen Beschlüsse über das Notprogramm der Regierung gefaßt werden sollen. In dieser Sitzung wird die Regierungserklärung, die am kommenden Montag dem Reichstag vorgelegt werden soll, in ihren Grundgedanken und Grundzügen festgelegt werden, damit die genaue Formulierung, des Wortlauts noch rechtzeitig vor Montag erfolgen kann.